Helmut Berding

Der Gesellschaftsgedanke Napoleons und seine Auswirkungen im rheinbündischen Deutschland: ein Verrat der Revolution?¹

„Bürger, die Revolution hält an den Grundsätzen fest, die an ihrem Beginn standen. Sie ist beendet.“² Mit diesen oft zitierten Sätzen aus der Proklamation der Konsuln über die Beendigung der Revolution trat Napoleon Bonaparte wenige Wochen nach dem Staatsstreich vom 18. Brumaire endgültig die Herrschaft über Frankreich an. Sein Programm, das auf den Prinzipien von Eigentum, Freiheit und Gleichheit beruhte, entsprach den Erwartungen der französischen Notabelngesellschaft, wie sie sich gegen Ende des Direktoriums herausgebildet hatte³. Nach den Wirren der Revolutionsjahre sehnten die gut situierten Franzosen nichts mehr herbei als ein stabiles Herrschaftssystem, das endgültig mit den jakobinischen wie royalistischen Umtrieben Schluss machte und die von der Revolution geschaffene Gesellschaftsordnung vor allen Umsturzgefahren bewahrte. Die Frage, ob Napoleon sein Versprechen eingelöst und an den Grundsätzen der Revolution festgehalten hat oder nicht, wird sehr kontrovers beantwortet. Der Grund hierfür ist in der Widersprüchlichkeit zu suchen, die besonders von der neueren Forschung als wesentliches Merkmal des napoleonischen Herrschaftssystems herausgestellt wird⁴. Einerseits übernahm der neue Herrscher bedeutende Errungenschaften der Französischen Revolution. Er war es, der mit dem Code civil die Umwandlung der geburtsständischen Privilegiengesellschaft in eine egalitäre Eigentümergeellschaft endgültig festschrieb. Andererseits errichtete Napoleon eine Militärdiktatur, setzte wesentliche politische Rechte außer Kraft, verletzte fundamentale individuelle Freiheitsrechte und wich auch im gesellschaftlichen Bereich von den Gleichheitsgrundsätzen der Revolution wieder ab. So schuf er zur sozialen Absicherung der monarchischen Herrschaftsordnung einen erblichen Adel, der eine eigen-

¹ Leicht überarbeiteter und mit Anmerkungen versehener Vortragstext.

² «Citoyens, la Révolution est fixée aux principes qui l'ont commencée. Elle est finie.» Proklamation der Konsuln bei der Veröffentlichung der Verfassung des Jahres VIII am 14.12.1799.

³ Louis Bergeron, *Guy Chaussinand-Nogaret*, Les masses de granit (Paris 1979).

⁴ Vgl. Louis Bergeron, *L'épisode napoléonien. Aspects intérieurs 1799–1815* (Nouvelle Histoire de la France contemporaine 4, Paris 1972); J. Lovie, A. Palluel-Guillard, *L'épisode napoléonien. Aspects extérieurs* (Nouvelle Histoire de la France contemporaine 5, Paris 1972); Jean Tulard, *Napoléon ou le mythe du sauveur* (Paris 1977); deutsch: Napoleon oder der Mythos des Retters (Tübingen 1978); Roger Dufrasse, *Napoléon* (Presses Universitaires de France Que sais-je? 2358, Paris 1987).

tumsrechtliche Sonderstellung einnahm. Das bürgerliche Recht des Code Napoléon und das Majoratsrecht zum Schutz des adeligen Eigentums standen in einem diametralen Gegensatz zueinander.

Ähnlich krasse und kaum auflösbare Widersprüche wie die Rechts- und Adelspolitik im Kaiserreich kennzeichneten die Einwirkungen der napoleonischen Politik auf die deutsche Staatenwelt. Zum einen gingen von der französischen Machterpansion und ihren Folgen – Säkularisation, Mediatisierung und Rheinbundreformen – wichtige Anstöße für die Auflösung der ständischen Gesellschaftsordnung aus. Zum anderen verankerte Napoleon in der Rheinbundakte die Privilegien der Standesherrn und zog damit dem Abbau von Standesvorrechten eine deutliche Grenze. Diese Ambivalenz der napoleonischen Gesellschaftspolitik wirkte sich in den einzelnen Rheinbundstaaten unterschiedlich stark aus. Am wenigsten machte sie sich in Staaten wie dem Königreich Sachsen bemerkbar, in denen Gesellschaftsreformen nur eine geringe Rolle spielten. Auch in den süddeutschen Rheinbundstaaten, wo der französische Kaiser die gesellschaftlichen Veränderungen nicht unmittelbar zu beeinflussen vermochte, trat sie noch sehr abgemildert hervor⁵. Anders lagen die Verhältnisse in den direkt von Napoleon abhängigen Modellstaaten. Besonders das Königreich Westfalen, die bedeutendste Staatsschöpfung des Kaisers auf deutschem Boden, spiegelte die Widersprüchlichkeit der napoleonischen Politik unverfälscht wider. Der westfälische Staat verdankte dem Eroberer unmittelbar seine gesamte Existenz, den territorialen Rahmen wie den inneren Staatsaufbau. Napoleon hatte das Königreich ganz nach den Erfordernissen seiner Herrschafts- und Gesellschaftspolitik geschaffen, und er nahm auch auf die weitere Entwicklung Einfluß⁶. Von daher liegt es nahe, an diesem Beispiel die Auswirkungen seiner Gesellschaftspolitik auf die deutschen Mittelstaaten zu betrachten.

Die Untersuchung gliedert sich in drei Abschnitte. Zunächst steht die napoleonische Gesellschaftspolitik im Kaiserreich selber zur Debatte. Herauszustellen sind die Gründe, die Napoleon zur Schaffung eines neuen Adels bewegten, und die Bedenken, über die er sich dabei hinwegsetzte. Dann rückt das Königreich Westfalen in den Blick. Hier geht es um die modellstaatlichen Ziele, die tiefgreifende Veränderungen geboten, und die gesellschaftlichen Bedingungen, die der Reformpolitik Grenzen setzten. Abschließend soll die Frage erörtert werden, wie sich die napoleonische Adels- und Reformpolitik auf den gesellschaftlichen Wandel auswirkte und ob vor diesem Hintergrund von einem Verrat der Revolution gesprochen werden kann.

⁵ Vgl. dazu die Sammelbände von *Armgarð von Reden-Dohna*, Deutschland und Italien im Zeitalter Napoleons (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz. Abteilung Universalgeschichte, Beiheft 5, Wiesbaden 1979); *Helmut Berding* und *Hans-Peter Ullmann*, Deutschland zwischen Revolution und Restauration (Athenäum-Droste-Taschenbücher Geschichte 7240, Königstein/Ts. 1981); im folgenden zitiert: *Berding/Ullmann*; *Eberhard Weis*, Reformen im rheinbündischen Deutschland (Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien 4, München 1984). Vgl. ferner *Elisabeth Fehrenbach*, Vom Ancien Régime zum Wiener Kongreß (Oldenbourg Grundriß der Geschichte 12, München ²1986).

⁶ Vgl. *Helmut Berding*, Napoleonische Herrschafts- und Gesellschaftspolitik (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 7, Göttingen 1973); im folgenden zitiert: *Berding*, Politik; *ders.*, Le royaume de Westphalie, Etat-modèle, in: *Francia* 10 (1982) 345–358.

1. Die Wiederbegründung des Erbadels in Frankreich

Napoleon räumte der Machtidée stets höchste Priorität ein. Sie bestimmte sein Denken und Handeln stärker als der Gesellschaftsgedanke. Nach dem Staatsstreich vom 18. Brumaire des Jahres VIII beschäftigte ihn in erster Linie die Frage, wie er die errungene Herrschaft am besten sichern und dauerhaft auf eine solide soziale Grundlage stellen könne. Schon sehr früh setzte sich bei ihm die Überzeugung durch, daß von allen Herrschaftsformen auf Dauer nur die erbliche Monarchie politische Stabilität garantiere⁷. Parallel zu dieser Auffassung gewann in den Überlegungen des Konsuls der Gedanke Montesquieus an Boden, wonach es keinen Monarchen ohne Adel und keinen Adel ohne Monarchen gäbe. Napoleon erklärte als Konsul offen heraus: „Il me fallait une aristocratie ... c'est le vrai, le seul soutien d'une monarchie, son modérateur, son levier, son point résistant.“⁸.

Das herrschaftspolitisch motivierte Ziel, im nachrevolutionären Frankreich wieder einen Adel zu begründen, stand somit unverrückbar fest. Offen blieb nur, wie der künftige Adel beschaffen sein sollte. Auch über die Frage, auf welchen Wegen das Ziel erreicht werden könnte, herrschte keine Klarheit. Napoleon tastete sich vorsichtig an die Lösung des Problems heran. Die ersten Anläufe führten nicht zum Erfolg. Gegen den Versuch, zunächst über die Vergabe von Nationalgütern an Senatoren (Sénatoreries) und dann über die Ehrenlegion einen erblichen Adel zu begründen, regte sich Widerstand. Napoleon wich zurück, gab aber seine Pläne nicht auf⁹. Mit der Umwandlung der konsularischen Republik in die kaiserliche Erbmonarchie gewann die Adelsfrage erneut an Dringlichkeit. Jedermann war sich darüber im klaren, daß es auf Dauer wohl nicht einen Kaiser ohne Hof und einen Hof ohne Adel geben könne. Folglich kreisten in den Tuileries die Gespräche nicht mehr darum, ob es grundsätzlich einen neuen Adel geben werde, sondern nur um die Frage, für welches der unterschiedlichen Modelle Napoleon sich entscheiden würde. Aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung zögerte der Kaiser seinen Entschluß hinaus.

Als Napoleon im Frühjahr 1806 nach dem Sieg in Austerlitz und dem Frieden von Preßburg seine Zurückhaltung aufgab, trug ihn eine Welle der Popularität. Mit den eindrucksvollen Erfolgen büßte die Opposition mächtig an Gewicht ein. Selbst in dieser Situation tat Napoleon nur einen ersten vorsichtigen Schritt und beschränkte den erblichen Adel, der nun geschaffen wurde, auf einen ganz kleinen Kreis von höchsten Würdenträgern, im wesentlichen auf die Angehörigen seiner Familie und einige Marschälle. Zudem erfolgte die titulare und materielle Ausstattung des neuen Erbadels nicht in Frankreich, sondern in den eroberten Gebieten. Der Kaiser bildete in Italien aus Ländern, die er den Habsburgern und Bourbonen entrissen hatte, eine Reihe von Fürstentümern und insgesamt 30 Lehnsherzogtümer, die er am 30. März 1806 den hohen Würdenträgern des Kaiserreichs verlieh. Die Lehnsinhaber konnten ihre Besit-

⁷ Jean Tulard, *Napoléon et la noblesse d'Empire* (Paris 1979); im folgenden zitiert: *Tulard, Noblesse*.

⁸ Vgl. *Berding, Politik*, 55.

⁹ *Tulard, Noblesse*, 27 ff.

zungen nach dem Recht der Primogenitur in männlicher Reihenfolge vererben. Bei Erlöschen der Erbfolge fielen die Lehen an den Kaiser zurück.

Schon in dieser „Geburtsstunde“ des napoleonischen Erbadels wird die enge Beziehung deutlich, die zwischen der napoleonischen Adels- und der Expansionspolitik, zwischen der neuen Aristokratie und dem Grand Empire bestand. Napoleon selber bezeichnete die eroberten Fürstentümer und Lehnsherzogtümer in Italien als „Etats Fédératifs ou véritable Empire Français“¹⁰. Um das französische Kaiserreich, den zentralen Block dieses weitläufigen Herrschaftsgebildes, gruppierte sich in hierarchischer Folge eine Reihe von Dependancen. An der Spitze standen die formal souveränen Vasallenstaaten: Königreiche und Herzogtümer. Der Kaiser übertrug sie den Mitgliedern seiner Familie, die den ersten Rang des imperialen Adels einnahmen. Es folgten kleinere abhängige Fürstentümer und tributpflichtige Provinzen. Später kamen noch die Dotations-Domänen hinzu. Alle diese nach Rang, Selbständigkeit, Größe und Revenüen vielfach abgestuften Herrschaftsgebiete und Besitztümer, für die sich Napoleon das alleinige Verfügungsrecht vorbehielt, waren politisch Bestandteil des Grand Empire und bildeten zugleich das Fundament, auf dem der napoleonische Adel seine materielle Existenz gründete.

Die Dekrete vom 30. März 1806 setzten den Anfang und wiesen zugleich den Weg zur Erreichung des Zieles. Bisher war erst die Spitze der Adelspyramide geschaffen worden. Der gesamte Unterbau fehlte noch. Es stellten sich insbesondere drei Probleme, die schrittweise gelöst werden konnten.

Erstens stieß die napoleonische Adelspolitik in weiten Teilen der städtischen und ländlichen Bevölkerung weiterhin auf Ablehnung. Immer noch barg der Verdacht, insgeheim die Grundsätze der Revolution zu verraten, die Rückkehr zum Ancien Régime vorzubereiten und die geburtsständische Gesellschaftsordnung wieder herstellen zu wollen, politischen Zündstoff in sich. Napoleon war sich hierüber im klaren und wartete einen günstigen Zeitpunkt ab. Im Sommer 1807 stand er nach dem Frieden von Tilsit auf dem Höhepunkt seiner Macht. Neben Österreich war auch Preußen aus dem Kreis der europäischen Mächte ausgeschieden, und Rußland hatte sich mit Frankreich verständigt. Das französische Kaiserreich nahm auf dem europäischen Kontinent eine von niemandem mehr bestrittene Führungsstellung ein. Keine Anzeichen deuteten auf die bald bevorstehenden Probleme hin. Keiner konnte die Erhebung in Spanien voraussehen, die eine Wende in der französischen Herrschaft über Europa einleitete. Ebenso wenig warf die Wirtschaftskrise von 1810/11 ihren Schatten voraus. Als Frankreich nach Tilsit zur militärischen und politischen Führungsmacht aufgestiegen war, boten sich der französischen Industrie, der Landwirtschaft und dem Handel glänzende Aussichten. Zu keinem Zeitpunkt also genoß der Kaiser in der öffentlichen Meinung Frankreichs höheres Ansehen als in diesen Monaten vom Sommer 1807 bis zum Frühjahr 1808. Diese Gelegenheit ließ er nicht ungenutzt verstreichen.

Zweitens standen in Frankreich zur Ausstattung des neuen Adels keine Güter zur Verfügung. Das durch die Revolution enteignete Eigentum der Kirche und des alten

¹⁰ Georges Lefebvre, Napoléon (Peuples et Civilisations XIV, Paris 1969) 228.

Adels war in die Hände der Bauern und Notabeln übergegangen. An dieser Besitzumverteilung wollte kaum jemand in Frankreich rütteln. Davon ging auch Napoleon aus. So blieb für die materielle Versorgung des Adels vorerst nur der Ausweg, auf Güter in den eroberten Gebieten zurückzugreifen. Im siegreichen vierten Koalitionskrieg verschaffte sich Napoleon die für seine Adelspolitik erforderlichen Reichtümer. Ein großer Teil der Domänen in den eroberten Ländern ging in kaiserlichen Besitz über. Hieraus schuf Napoleon die Dotations-Domänen, die er samt den darauf ruhenden guts- oder grundherrlichen Rechten seinen Marschällen, Ministern sowie anderen Angehörigen des Militär- und Amtsadels übertrug.

Drittens legte der Code civil der napoleonischen Adelspolitik Hindernisse in den Weg. Das bürgerliche Recht ließ fideikommissarische Substitutionen nicht zu. Demgegenüber gehörte aber die Überzeugung, daß adeliges Eigentum eines besonderen rechtlichen Schutzes bedürfe, zu den Kernpunkten des napoleonischen Gesellschaftskonzepts. Ohne einen solchen Schutz, so argumentierte Napoleon, drohe dem Adel Verarmung, und ein verarmter Adel stelle eher ein Element der Unruhe als der Stabilität dar. Aus diesen historisch untermauerten Überlegungen leitete Napoleon die herrschaftspolitische Notwendigkeit ab, das Majoratsrecht einzuführen. Zunächst blieb seine Anwendung auf die außerhalb Frankreichs im Grand Empire begüterten großen Würdenträger beschränkt. 1807 ging Napoleon einen Schritt weiter und setzte an einem entscheidenden Punkt das von ihm selber geschaffene bürgerliche Eigentumsrecht wieder außer Kraft. Der Artikel 896, der fideikommissarische Substitutionen ausdrücklich verbot, wurde so ergänzt, daß die Novellierung den ursprünglichen Sinn ins Gegenteil verkehrte.

Nachdem Napoleon auf dem Höhepunkt seiner Macht die politische Opposition im Kaiserreich ausgeschaltet, im Grand Empire genügend Dotations-Domänen erworben und das Majoratsrecht durchgesetzt hatte, konnte er seine Adelspolitik zum Ziele führen. Den Schlußpunkt bildeten die beiden Statuten vom 1. März 1808. Seither gab es innerhalb der auf Reichtum gegründeten Notabelngesellschaft eine besonders herausgehobene Amts- und Verdienstaristokratie, die vier Merkmale auszeichneten: 1. Der neue Adelsstand setzte sich aus Herzögen, Grafen, Baronen und Rittern zusammen. Den einzelnen Stufen in dieser Adelshierarchie entsprachen bestimmte Positionen in der Ämterhierarchie. Die erstgeborenen Söhne der hohen Würdenträger, Minister, Senatoren, Staatsräte, Präsidenten des Corps législatif und der departementalen Wahlkollegien sowie Erzbischöfe und Bischöfe gehörten dem Adel kraft Amtes an. Generäle und Präfekten konnten vom Kaiser in den Adelsstand erhoben werden. 2. Alle Titel blieben zunächst auf die Person des Titulars beschränkt. Für die Umwandlung des persönlichen in einen erblichen Adel mußten besondere Bedingungen erfüllt werden. 3. Zur Führung des Titels war ein Vermögensnachweis erforderlich. Die neue Adelselite nahm also ihren Platz innerhalb der auf Reichtum gegründeten nachrevolutionären Notabelngesellschaft ein. 4. Zur Umwandlung des persönlichen in einen erblichen Adel bedurfte es der Konstituierung eines Majoratseigentums. Sie bedurfte der ausdrücklichen Zustimmung des Kaisers¹¹.

¹¹ Vgl. Jean Tulard, *Noblesse d'Empire*, in: *Dictionnaire Napoléon* (Paris 1987) 1243–1250.

2. Die Gesellschaftsreformen im Königreich Westfalen

In eine völlig andere Richtung als die Adelspolitik im französischen Kaiserreich wies die napoleonische Reformpolitik im westfälischen Königreich. Während der Adel die nachrevolutionäre egalitäre Bürgergesellschaft Frankreichs wieder mit aristokratischen Elementen durchsetzte, trug die Reform im rheinbündischen Deutschland dazu bei, die vorrevolutionäre Ständegesellschaft in eine bürgerliche Gesellschaftsordnung umzuwandeln. Trotz dieser gegenläufigen Ausrichtung folgte die Erneuerungspolitik in Westfalen derselben herrschaftspolitischen Zielsetzung wie die Adelspolitik in Frankreich. Auch die Reformen sollten die europäische Machtstellung Napoleons und, weit in die Zukunft gerichtet, die von ihm in Frankreich begründete „vierte Dynastie“ langfristig absichern helfen. Es lag im Interesse der napoleonischen Herrschaftspolitik, die sehr heterogenen administrativen, rechtlichen und sozialen Strukturen in den einzelnen Ländern des Grand Empire einander anzugleichen. Tiefgreifende Reformen in den rückständigen Gebieten sollten diesen Integrationsprozeß zum Ziele führen. Doch selbst die reformfreudigsten Rheinbundstaaten wie Bayern, Württemberg und Baden fanden sich nicht ohne weiteres bereit, die französischen Einrichtungen en bloc zu übernehmen. Widerstand regte sich besonders gegen die Einführung des Code civil mit seinen weitreichenden Konsequenzen für die gesamte Eigentumsordnung¹². Allein durch politischen Druck konnte und wollte Paris seine integrationspolitischen Interessen jedoch nicht durchsetzen. Mehr Erfolg versprach der Versuch, die rheinbündischen Regierungen von der Überlegenheit des französischen Systems und seiner Übertragbarkeit auf Deutschland zu überzeugen. Eine wichtige Aufgabe hatten dabei die napoleonischen Modellstaaten Berg und Westfalen zu erfüllen. Am stärksten kam die vom französischen Kaiser propagierte Politik der „moralischen Eroberungen“ in Kassel zum Tragen. Hier unternahm Napoleon erhebliche Anstrengungen zur Errichtung eines Musterstaates, der im rheinbündischen Deutschland eine reformpolitische Vorreiterrolle übernehmen sollte¹³.

Erstens gab Napoleon dem neuen Staat eine Verfassung. An den einzelnen Verfassungsartikeln läßt sich ablesen, welche politischen und gesellschaftlichen Ideen Napoleon leiteten. Zu den wichtigsten Bestimmungen der westfälischen Konstitutionsakte und damit des napoleonischen Reformprogramms gehörten Gleichheit aller vor dem Gesetz, Gleichberechtigung der Religionen, Aufhebung aller Korporationen und ihrer Privilegien, Beseitigung der Vorrechte einzelner Personen und Familien, Abschaffung der Leibeigenschaft, Aufhebung des adeligen Ämtermonopols, steuerliche und sonstige Gleichstellung des Adels mit allen anderen Ständen, unveränderte Übernahme des Code Napoléon, Öffentlichkeit des Prozeßverfahrens und Einführung von Geschworenengerichten.

¹² *Elisabeth Fehrenbach*, Traditionale Gesellschaft und revolutionäres Recht. Die Einführung des Code Napoléon in den Rheinbundstaaten (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 13, Göttingen ³1983).

¹³ *Rainer Wohlfeil*, Napoleonische Modellstaaten, in: *Wolfgang v. Groote*, Napoleon I. und die Staatenwelt seiner Zeit (Freiburg 1969) 33–57.

Zweitens verlieh Napoleon der Modellstaatspolitik dadurch Nachdruck, daß er seinen Bruder Jérôme eindringlich und wiederholt ermahnte, die Konstitutionsakte strikt zu achten. So erläuterte er am 15. November 1807 in einem Brief, der ein klassisches Dokument für die Regierungsmethoden des Kaisers genannt worden ist, seine gesellschaftspolitischen Reformvorstellungen folgendermaßen. „Ce que désirent avec impatience les peuples d'Allemagne, c'est que les individus qui ne sont point nobles et qui ont des talents aient un égal droit à votre considération et aux emplois; c'est que toute espèce de servage et de liens intermédiaires entre le souverain et la dernière classe du peuple soit entièrement abolie.“¹⁴

Drittens beauftragte Napoleon einige der fähigsten Köpfe Frankreichs mit dem Aufbau des Modellstaates. Nach Kassel kam unter anderem Joseph-Jérôme Siméon¹⁵, der in Frankreich maßgeblich an der Entstehung des Code civil mitgewirkt hatte und in Westfalen das bürgerliche Recht fest etablieren sollte. Den reformfreudigen Verwaltungsfachleuten und Juristen aus Frankreich stellte der Kaiser, der aktiv in die Regierungsbildung eingriff, namhafte Vertreter der deutschen Gelehrtenwelt wie Johannes von Müller und Christian Wilhelm Dohm zur Seite¹⁶.

Sofort nach der Gründung des Königreichs begann die von Napoleon eingesetzte Regentschaft in Kassel mit dem Staatsaufbau. In einem atemberaubenden Tempo verabschiedete das neue Regime weitreichende Reformgesetze. In kürzester Frist wurde auf der gesetzgeberischen Ebene die geburtsständische Privilegienordnung aus den Angeln gehoben. Die Hauptverluste hatte der Adel zu tragen. Eine ganze Anzahl von Einzelerlassen beraubte ihn seiner Privilegien. So büßte er Steuerfreiheit, Befreiung von Abgaben und Militärdienst, privilegierten Gerichtsstand, Patrimonialgerichtsbarkeit und weitere Standesvorrechte ein. Hinzu traten die egalisierenden Folgen des Code Napoléon, die erst nach und nach voll zur Geltung gelangten. Man denke nur an die Bestimmungen des Erb- und Familienrechts. Selbstverständlich ließen alle diese gesetzgeberischen Maßnahmen und rechtlichen Auswirkungen des Code Napoléon die materielle Situation des Adels nicht unberührt¹⁷. Während die privilegierten Stände wesentliche Vorrechte verloren, wurden umgekehrt den unterprivilegierten Gruppen bisher vorenthaltene Rechte zuerkannt. So gewannen die Leibeigenen, deren Zahl allerdings nicht sehr ins Gewicht fiel, persönliche Freiheit und Freizügigkeit. Für Grundholden, die im Ancien Regime der Patrimonialgerichtsbarkeit unterstanden, waren im Königreich Westfalen staatliche Gerichte zuständig. In Städten und Ge-

¹⁴ Vgl. Berding, Politik, 19 f.

¹⁵ Jean Tulard, Siméon et l'organisation du royaume de Westphalie (1807–1813), in: Francia 1 (1973) 557–568.

¹⁶ Helmut Berding, Das Königreich Westfalen und Johannes von Müller, in: Christoph Jamme und Otto Pöggeler, Johannes von Müller – Geschichtsschreiber der Goethezeit (Schaffhausen 1986) 189–211; Rudolf Vierhaus, Christian Wilhelm Dohm – Ein politischer Schriftsteller der deutschen Aufklärung, in: ders., Deutschland im 18. Jahrhundert. Politische Verfassung. Soziales Gefüge. Geistige Bewegung (Göttingen 1987) 143–156; im folgenden zitiert: Vierhaus, Deutschland.

¹⁷ Heinz Reif, Westfälischer Adel 1770–1860 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 35, Göttingen 1979); ders., Umbruchserfahrung und Konflikt. Adel und Bauern im Münsterland, in: Berding/Ullmann, 228–257.

meinden erhielten alle Bewohner unterschiedslos gleiches Bürgerrecht. Auch gegenüber den Juden, die bisher am Rande der christlichen Ständegesellschaft gelebt hatten, hielt der Reformstaat am Grundsatz der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Gleichheit fest und erließ am 28. Januar 1808 ein vorbildliches Emanzipationsgesetz¹⁸. Alles in allem duldete der neue Staat keine rechtlichen Unterschiede mehr, die auf Geburt, Tradition und Religion beruhten. Vermögen, Leistung und Ansehen sollten künftig den Rang eines Bürgers in Staat und Gesellschaft bestimmen. Nach diesen Kriterien einer bürgerlichen Eigentümer- und Honoratiorengesellschaft erfolgte auch der Aufbau der Vertretungskörperschaften¹⁹.

Das neue Regime führte also die staatsbürgerliche Gleichheit ohne Zögern und ohne Kompromisse ein. Zurückhaltung übte sie hingegen bei der Umwandlung der Agrarverfassung. Im Königreich Westfalen herrschten grundherrschaftliche Eigentums- und Rechtsformen vor, die sich mit dem Code Napoléon und seinem bürgerlichen Eigentumsbegriff nicht vereinbaren ließen. Man hätte bei konsequenter Anwendung der Eigentumsbestimmungen des Code Napoléon die Grundherrschaft aufheben müssen. Hierfür traten entschiedene Reformer wie Siméon auch ein, sie vermochten sich aber nicht durchzusetzen. Die Kasseler Regierung schloß einen Kompromiß. Zum einen schuf der Modellstaat die rechtlichen Voraussetzungen für eine Umwandlung der grundherrschaftlichen in eine bürgerliche Eigentums- und Gesellschaftsordnung. Weiter konnte und wollte die westfälische Reformbürokratie nicht gehen. Zum anderen erklärte sie die grundherrschaftlichen Rechte für ablösbar, verabschiedete Ablösungsgesetze zu praktisch unerfüllbaren Bedingungen und beließ somit alles beim alten. An den bestehenden Eigentums- und Abhängigkeitsverhältnissen veränderte sich unmittelbar kaum etwas. Die bäuerliche Bevölkerung mußte die meisten Dienste und Abgaben weiter leisten. Ein revolutionärer Umsturz der grundherrschaftlichen Agrarverfassung nach dem Vorbild der Französischen Revolution stand aus drei Gründen ernsthaft nicht zur Debatte.

Erstens lag ein radikaler Eingriff in die bestehende Eigentums- und Gesellschaftsordnung, insbesondere die entschädigungslose Aufhebung aller grundherrschaftlichen Rechte, nicht im Bereich der Reformideen, wie sie damals in Deutschland vorherrschten. Nachdem die Revolution in Frankreich aus dem Ruder gelaufen und in Terrorherrschaft eingemündet war, redeten die meisten Angehörigen der Aufklärungsgesellschaft behutsamen Reformen das Wort. Sie wollten durch administrativ-rechtliche Maßnahmen den allmählichen Übergang zu einer freien Eigentümergesellschaft einleiten. Von dieser Idee ließ sich auch das bürokratisch-absolutistische Regime in Kassel leiten.

Zweitens engte die bestehende Sozialstruktur den Handlungsspielraum für gesellschaftspolitische Entscheidungen außerordentlich ein. Anders als im gewerblich und kommerziell unvergleichlich höher entwickelten französischen Kaiserreich fehlte im fast rein agrarisch geprägten westfälischen Königreich ein starkes Besitzbürgertum. Der grundbesitzende Adel nahm nicht nur rechtlich, sondern auch sozial und wirt-

¹⁸ Helmut Berding, Die Emanzipation der Juden im Königreich Westfalen (1807–1813), in: Archiv für Sozialgeschichte 23 (1983) 23–50.

¹⁹ Herbert Obenaus, Die Reichsstände des Königreichs Westfalen, in: Francia 9 (1981) 299–329.

schaftlich noch den ersten Platz in der Gesellschaft ein. Er führte die Liste der Höchstbesteuerten an. Auf seine Unterstützung konnte das Regime schlecht verzichten. Allein von daher war es schwer möglich, den Adel über die getroffenen Entprivilegierungsmaßnahmen hinaus zu schädigen. Er hatte durch den Fortfall seiner Standesvorrechte bereits empfindliche materielle Verluste hinnehmen müssen. Mit der Sicherung der grundherrschaftlichen Rechte und Einkünfte verband sich die Aussicht, in einer nach französischem Muster strukturierten Notabelngesellschaft auch künftig eine durchaus führende Rolle zu spielen. Umgekehrt konnte der napoleonische Modellstaat mit der Unterstützung durch den Adel rechnen.

Drittens trug der französische Kaiser selber dazu bei, daß die grundherrschaftlichen Strukturen bestehen blieben. Ein erheblicher Teil der Dotations-Domänen, auf die er zur Ausstattung seines Amts- und Militäradels angewiesen war, befand sich auf dem Boden des westfälischen Musterstaates. Im Konflikt zwischen dem Ziel, einerseits seinen Adel mit Gütern auszustatten, andererseits durch Reformen „moralische Eroberungen“ zu machen, gab er der Adels- gegenüber der Reformpolitik den Vorzug. Ganz allgemein ist festzuhalten, daß der hegemoniale Charakter des napoleonischen Herrschaftssystems die von ihm ausgehenden modernisierenden Impulse in ihrer Wirksamkeit erheblich einschränkte. Die rücksichtslose Unterordnung der Rheinbundstaaten unter die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Interessen Frankreichs zerstörte zum guten Teil die Voraussetzungen, ohne die das Programm gesellschaftlicher Veränderungen und „moralischer Eroberungen“ nicht erfolgreich sein konnte.

3. Verrat der Revolution?

Kann man aufgrund der bisherigen Überlegungen von einem Verrat Napoleons an der Revolution sprechen? Zur Beantwortung dieser Frage ist es gut, sich erneut daran zu erinnern, daß Napoleon alles andere war als ein Ideologe, der sein Handeln an einer vorgefaßten Idee von einer künftigen Herrschafts- und Gesellschaftsordnung ausgerichtet hätte. Der Revolutionsgeneral hing zwar, als er 1799 durch den Staatsstreich vom 18. Brumaire an die Macht kam, republikanischen und egalitären Überzeugungen an, ordnete sie aber stets seinem Streben nach Machterhalt und Herrschaftssicherung unter.

Legt man dieses vorrangige Motiv als Maßstab an, dann steht außer Zweifel, daß die napoleonische Adelspolitik in jeder Hinsicht als Fehlschlag bezeichnet werden muß. Erstens ging das Kalkül nicht auf, die Machtstellung innerhalb Frankreichs mit Hilfe einer eng an den Thron gebundenen privilegierten Führungselite abzusichern. Eher trifft das Gegenteil zu: Vielleicht wären nach den militärischen Niederlagen von 1812/13 breitere Gesellschaftsschichten für den Kaiser eingetreten, wenn er sehr konsequent am Prinzip der Rechtsgleichheit festgehalten hätte. Fest steht jedenfalls, daß sich Napoleon in der Stunde der Not gerade auf den mit Vorrechten ausgestatteten und mit Reichtümern überhäuften Adel am wenigsten verlassen konnte. Zweitens erfüllte sich eine andere Hoffnung nicht, die Napoleon mit seiner Adelspolitik verbunden hatte. Die Umwandlung der Republik in ein Kaiserreich und die Rearistokratisie-

rung der französischen Gesellschaft sollten es dem monarchischen Europa erleichtern, die persönliche Herrschaft Napoleons in Frankreich und die französische Hegemonie auf dem Kontinent anzuerkennen. Solange Napoleon von Sieg zu Sieg eilte, konnte er sich Respekt verschaffen. Sobald militärische Niederlagen seine Machtstellung schwächten, stieß der europäische Hochadel ihn, den Emporkömmling und Usurpator, als Sohn der Revolution wieder zurück. Auch die vielfältigen dynastischen Verbindungen mit den ältesten Herrscherhäusern Europas bewahrten ihn nicht vor Sturz und Verbannung. Im Endeffekt brachte die Adelspolitik nichts ein. Sie erwies sich als ungeeignetes Instrument zur innen- und außenpolitischen Absicherung der napoleonischen Herrschaft.

Wenn die Adelspolitik Napoleons keine herrschaftsstabilisierende Funktion erfüllte, fällt es schwer, ihr überhaupt etwas Positives abzugewinnen. Sie war nicht bloß herrschaftspolitisch ein Fehlkalkül, sondern obendrein eine rückwärtsgewandte, gegen bürgerliche Gleichheitsgrundsätze verstoßende Politik und insofern ein Verrat der Revolution. Doch sollte eine abschließende Bewertung zum einen den qualitativen Unterschied zwischen dem napoleonischen und dem vorrevolutionären Adel nicht außer acht lassen. Der Amts- und Militäradel des Kaiserreichs war kein Herrenstand mehr, sondern eine Funktionselite, die bis auf das Majoratsrecht keine Standesprivilegien mehr besaß. Zum anderen gilt es, den Bedeutungsverlust in Rechnung zu stellen, den der Adel durch die gesellschaftlichen Umwälzungen der Revolution und dadurch erlitten hatte, daß der Code civil die auf Reichtum begründete Notabelngesellschaft ungehindert zur Entfaltung kommen ließ. Dies alles relativiert das Gewicht der napoleonischen Adelspolitik nicht unerheblich. Gleichwohl: Im nachrevolutionären Frankreich bedeuteten Erbadel und Majoratsrecht einen Rückfall hinter den schon erreichten Entwicklungsstand beim Übergang von der geburtsständischen Privilegiengesellschaft zur bürgerlichen Eigentümergesellschaft²⁰.

Anders als im französischen Kaiserreich wirkten sich im rheinbündischen Deutschland weniger die rearistokratisierenden als vielmehr die egalisierenden Elemente der napoleonischen Herrschaft aus. Dies lag in der völlig anderen historischen Ausgangslage begründet. Das herrschaftspolitisch motivierte Ziel Napoleons, die vorrevolutionäre Gesellschaftsordnung in der deutschen Staatenwelt an die nachrevolutionäre Gesellschaftsverfassung in Frankreich anzunähern, gab den Reformen starken Auftrieb und rückte sie in den Mittelpunkt der napoleonischen Politik. Demgegenüber kam der Adelspolitik, die vor allem in der Privilegierung der Standesherren und den Dota-

²⁰ Rudolf Vierhaus, Vom aufgeklärten Absolutismus zum monarchischen Konstitutionalismus. Der deutsche Adel im Spannungsfeld von Revolution, Reform und Restauration (1789–1848), in: Vierhaus, Deutschland, 235–248; Volker Press, Adel im 19. Jahrhundert. Die Führungsschichten Alteuropas im bürgerlich-bürokratischen Zeitalter, in: Armgard von Reden-Dohna und Ralph Melville, Der Adel an der Schwelle des bürgerlichen Zeitalters 1780–1860 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz. Abteilung Universalgeschichte. Beiheft 10, Stuttgart 1988) 1–19; Elisabeth Fehrenbach, Der Adel in Frankreich und Deutschland im Zeitalter der Französischen Revolution, in: Helmut Berding, Etienne François, Hans-Peter Ullmann, Deutschland und Frankreich im Zeitalter der Französischen Revolution (Frankfurt 1989) 177–215.

tions-Domänen ihren Niederschlag fand, eine vergleichsweise geringe Bedeutung zu. Zieht man eine Bilanz der napoleonischen Herrschaft und ihrer Auswirkungen auf die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland, dann ergibt sich ein stattlicher positiver Saldo. Erst mit der Herrschaft Napoleons endete das ancien régime in Deutschland. Mit ihr begann das Zeitalter der rheinbündisch-preußischen Reformen, in dem wichtige Errungenschaften der Französischen Revolution Eingang in die deutsche Staatenwelt fanden.

Résumé de la communication de Helmut Berding

L'attitude de Napoléon envers la Révolution a donné lieu à des interprétations contradictoires. Une des raisons à cela réside dans les contradictions existant entre sa politique sociale à l'intérieur et les conséquences de sa domination à l'extérieur. Ce caractère de Janus apparaît en toute clarté si l'on examine, face à face, les objectifs qu'il a poursuivis, d'une part en France, avec la création de la noblesse impériale et, d'autre part, sa politique de réformes dans les états de la Confédération du Rhin, surtout dans ceux soumis directement à sa domination.

En France, Napoléon s'est attelé avec persévérance et résolution à la création d'une aristocratie de mérite et de fonction, constituée de gens compétents. Pour cela il s'est laissé guider par l'intérêt qu'il portait aux idées de Montesquieu selon qui il ne saurait y avoir de monarchie sans noblesse. Les grandes victoires militaires et les succès de sa politique étrangère créèrent des conditions extrêmement favorables. En France, Napoléon put passer outre aux oppositions intérieures et, malgré le Code civil, introduire le système des majorats et doter la nouvelle noblesse avec des biens fonciers, assis dans le Grand Empire, c'est à dire hors de l'Empire proprement dit. Ce calcul politique destiné à assurer de façon durable le pouvoir d'un fils et d'un produit de la Révolution échoua.

Tandis que dans la France post-révolutionnaire, Napoléon avec sa politique en faveur de la nouvelle noblesse semblait remettre en cause des acquis importants de la Révolution, les informes impulsées par lui, dans les états allemands de la Confédération du Rhin agissaient dans le sens de la Révolution. Cela vaut particulièrement pour la politique suivie dans le royaume de Westphalie considéré comme état modèle. Le but poursuivi était de substituer à la société à ordres dominée par l'aristocratie foncière, une société bourgeoise de propriétaires libres et égaux en droit. Que l'ère des réformes napoléoniennes ait eu sur l'évolution ultérieure de l'Allemagne une influence considérable ne saurait être mis en doute, même si la politique de dotations en faveur de la noblesse impériale imposa des limites strictes au champ des réformes. C'est pourquoi au total l'on peut, parler pour l'Allemagne, de «révolution inachevée, mais révolution quand même grâce à Napoléon».

Diskussion zum Referat von Helmut Berding

Leiter: Guillaume de Bertier de Sauvigny

H. Berding zeigte in seinem Referat, daß die Adelspolitik Napoleons im Sinne einer Herrschaftsstabilisierung mißlungen war. An diese These knüpfte *H. Schmidt* durch einige Fragen an: Scheiterte die Herrschaft Napoleons an außenpolitischen Faktoren oder an innenpolitischen? Hat der Adel Napoleon fallen gelassen, um seine eigenen Privilegien zu retten? Was wäre gewesen, wenn die Adelspolitik nicht gescheitert wäre?

Für *H. Berding* ist das Ende von Napoleons Herrschaft grundsätzlich auf die militärische Niederlage zurückzuführen. Das Scheitern der Adelspolitik habe sich jedoch am Verhalten des Adels gegenüber dem Kaiser in schwieriger militärischer Lage gezeigt, als Napoleon „wie eine heiße Kartoffel“ fallen gelassen worden sei. Daß eine glücklichere Adelspolitik zu einer treueren Anhängerschaft geführt hätte, läßt sich nach Meinung des Referenten vermuten. Im Hinblick auf die Gesellschaftspolitik Napoleons relativierte *H. Berding* den Begriff „Verrat“, den der Kaiser an den Gedanken von 1789 begangen haben soll. Verrat setze eine bestimmte Doktrin voraus oder zumindest eine gesellschaftliche Übereinstimmung. Napoleons Gesellschaftsgedanke, der gut zu verfolgen sei, habe seine Hauptorientierung an der Macht. Es wäre deshalb besser gewesen, nicht nach dem Verrat, sondern nach dem Erfolg der Gesellschaftspolitik zu fragen, den man daran messen könne, ob die Gesellschaft den Vorstellungen von 1789 bzw. 1799 entsprochen habe, ob die Entwicklung weitergetrieben oder partiell zurückgenommen worden sei. Allgemeine Überzeugung sei, daß durch Napoleon die Entwicklung teilweise u. a. durch den Code civil zementiert worden sei, teilweise seien auch Grundsätze verletzt worden. Gemessen an diesem Maßstab sei die Adelspolitik gegenüber der freien Eigentümergeellschaft von 1799 ein Rückschlag. Dies gelte jedoch nur für einen Teil der napoleonischen Gesellschaftspolitik, keineswegs für ihre Gesamtheit.

Eine kritische Position zu einigen Thesen des Referenten zur Adelspolitik nahm *K. O. Frhr. v. Aretin* ein. Am Beispiel der Herrschaft der Hundert Tage erläuterte er zunächst, daß der Adel Napoleon keineswegs sofort habe fallen lassen, und dies, obwohl die „ganze Welt“ von dessen Scheitern überzeugt gewesen sei. Ein weiteres Festhalten am Kaiser hätte geheißen, zu viel zu verlangen. Grundsätzlich sei die Adelspolitik Napoleons erstaunlich gewesen, angesichts einer weit verbreiteten Adelsfeindlichkeit, die sich u. a. in der deutschen und italienischen Literatur niedergeschlagen habe. Westfalen sei dann ja auch an dieser Politik bankrott gegangen, während Napoleon in Berg bereits sehr viel vorsichtiger gehandelt habe. Das bedeute, diese Art der Adelspolitik habe sich auch in Napoleons eigenen Vorstellungen überholt. Ganz allgemein bezweifelte *K. O. Frhr. v. Aretin*, ob man Westfalen überhaupt als Modellstaat ansehen könne, da doch die meisten Reformen nie durchgeführt worden seien. Den auf Westfalen bezogenen Ausführungen hielt *H. Berding* zwei Punkte entgegen. Zum einen wäre der Modellstaat nicht nur an der Adelspolitik gescheitert, sondern auch an der französischen Militärpolitik und der finanziellen Ausbeutung (Kontributionen und

Dotationsdomänen). Zum anderen wollte der Referent grundsätzlich an der Modellstaatthese festhalten. Er belegte seine Ansicht mit dem Hinweis auf die Leistungen der westfälischen Verwaltung, der es in erstaunlich kurzer Zeit gelungen sei, den verschiedensten Gesetzen (u.a. Emanzipationsgesetz) bis auf die untere Verwaltungsebene Geltung zu verschaffen.

Auch *M. Botzenbart* sah Erfolg oder Mißerfolg der Gesellschaftspolitik Napoleons keineswegs als entscheidend für den Zusammenbruch seines Reiches an und übertrug diese Einschätzung auch auf die außenpolitischen Verbindungen Frankreichs. So hätten die Verbündeten den Kaiser nicht einfach fallen lassen, der sich ja zu den wichtigsten Höfen Europas Zutritt verschafft gehabt habe, nicht zuletzt durch die Heirat mit Marie-Luise. Auch durch Metternich seien ihm „goldene Brücken“ gebaut worden. Die Monarchen wären auch viel zu pragmatisch gewesen, den Emporkömmling allein aus ideologischen Gründen zu stürzen.

Angesichts der unterschiedlichen Entwicklung der Gesellschaftspolitik in den einzelnen Staaten hielt es *E. Weis* für notwendig zu differenzieren. In Frankreich – so Weis – sei Napoleon überhaupt nicht zum System des Ancien Régime zurückgekehrt, der neue Adel habe keineswegs die Privilegien des alten Adels besessen (z.B. privilegiierter Gerichtsstand). Lediglich das Majoratsrecht sei ihm zugestanden worden, wodurch er völlig abhängig vom Herrscher geblieben sei. Durch die Schaffung des höfischen Adels hätte sich das Bild der napoleonischen Gesellschaftspolitik kaum geändert. Weis zeigte dann, daß die Entwicklung in den Staaten des Rheinbundes gänzlich anders verlaufen sei. Im Königreich Westfalen habe Napoleon seine eigene Politik durch die Domänen blockiert, ähnlich wie auch in Italien. Die Badener Standesherren seien dagegen durch ihre gesicherte Stellung innerhalb der Rheinbundakte reformwillig gewesen. In Württemberg und Bayern hätte Napoleon kaum Einfluß gehabt. Hier seien die Reformen im eigenen Interesse dieser Staaten durchgeführt worden, und man habe sich lediglich am französischen Vorbild orientiert.

Auf die These vom „Verrat“ kam *M. Botzenbart* nochmals zurück. Er wies auf den langen Prozeß der Revolution hin und betonte die Problematik, ein bestimmtes Stadium herauszugreifen (z. B. 1789, 1791) und daran einen „Verrat“ festzumachen. Jeder könne sich so ein Entwicklungsstadium herausgreifen, mit dem er sich identifiziere. *H. Berding* verteidigte jedoch die Legitimität eines solchen Ansatzes, der natürlich nur theoretisches Konstrukt sein könne. Er habe mit 1789 die freie Eigentümergeellschaft und mit 1799 die Notabelngesellschaft identifiziert und als „Meßlatte“ benutzt.